

FORUM-SERIE

Prof. Dr. habil. Dieter Klein

Zur Dialektik des modernen Imperialismus

Gegenwärtig finden in allen Fakultäten bzw. Fachrichtungen der FDJ-Kreisorganisation der Karl-Marx-Universität Seminare zu modernen Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus statt. Als eine wichtige Literaturangabe dazu dient diese Broschüre.

Der Autor wendet sich vornehmlich an unsere jungen Menschen und stellt sich die Aufgabe, sie mit neuen Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiete des modernen Imperialismus in verständlicher und zugleich streitbarer Form vertraut zu machen.

Im ersten Abschnitt beschäftigt sich Dieter Klein mit dem grundlegenden Merkmal des Imperialismus, dem Monopol und seiner Dialektik. Er setzt sich mit dem Wesen des Monopols als dialektische Einheit von Reaktion und Entwicklungsform der Produktivkräfte auseinander und unterzieht die bürgerliche Theorie von einer angeblichen „Transformation“ des Kapitalismus einer marxistischen Kritik. Es gelingt dem Verfasser ausgezeichnet, die Einheit von Fortschritt und Reaktion, von technischer Revolution und nuklearer Bedrohung im heutigen Imperialismus zu demonstrieren und zugleich herauszuarbeiten, daß diese gegensätzlichen Erscheinungen untrennbar miteinander verknüpft sind.

Der zweite Abschnitt der Broschüre gibt auf die Frage Antwort, ob der heutige Imperialismus seine Wirtschaftsentwicklung in bestimmten Maße planmäßig gestalten kann. Klein bejaht diese Frage und beweist an Hand der Planifikation in Frankreich, daß die staatsmonopolistische Programmierung durchaus bestimmte Erfolge erzielt. Dies geschieht vor allem mit Hilfe ökonomischer Hebel, wie Vorkurskrediten, Ausstattungsprämien und Steuerbefreiungen, die den sich plankonform verhaltenden Monopolen Extraprofit sichern. Der

Autor analysiert aber auch zugleich die inneren Schranken der staatsmonopolistischen Planifikation, deren Wirkungsgrad letztlich durch das Privateigentum an Produktionsmitteln und der daraus entspringenden Konkurrenz eingegrenzt wird. Klein kommt bei seinen Untersuchungen zu dem Ergebnis, ... daß die objektive Konkurrenz um höchstmögliche Profite einer rationellen volkswirtschaftlichen Planung entgegenwirkt (S. 24). Man hätte sich gewünscht, daß der Autor die Möglichkeiten und Grenzen der kapitalistischen Planifikation in stärkerem Maße am Beispiel des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland aufgezeigt hätte, wie dies in den übrigen Untersuchungen der Fall ist.

In den Ausführungen über die kapitalistische Ausbeutung und neue Momente der Akkumulation konfrontiert Klein das Verhältnis von Lebensstandard und Klassenlage und kommt zu dem Schluß, daß trotz relativ guter Lebenslage breiter Kreise der werktätigen Bevölkerung die Polarisierung des Vermögens in Westdeutschland weiter voranschreitet und die Ausbeutung zunimmt. Der Verfasser stellt fest, daß der Lebensstandard nicht mit der Klassenlage identisch ist. Er bezeichnet die Klassenlage als eine ... Frage der Macht und nicht zugehörig oder abhängig von einer zugehörigen Verelendung (S. 33). Aus dieser Feststellung darf jedoch keinesfalls eine Identität von Lebensstandard und Verelendung abgeleitet werden. Die Verelendung im Kapitalismus umfaßt vielmehr zugleich die materiellen, politisch-ideologischen und mo-

ralischen Lebensbedingungen, während der Begriff des Lebensstandards lediglich ein bestimmtes Niveau der materiellen Lage der Werktätigen zum Ausdruck bringt.

Im Abschnitt IV beschäftigt sich Klein mit der Einwirkung des Sozialismus auf den Kapitalismus. Er nimmt zu der von Jugendlichen aufgeworfenen Frage Stellung, ob wegen einer Reihe erfolgreicher Lösungen von Problemen der technischen Revolution das Interesse der Arbeiterklasse am Sturz des Imperialismus nicht etwa erloschen sei und unterstreicht die Leninische Feststellung, daß die Einführung der Planmäßigkeit die Arbeiter nicht davon befreit, Sklaven zu sein, die Kapitalisten aber ihre Profite planmäßig einstreichen. Der Verfasser weist darauf hin, daß die Lösungen der Erfordernisse der technischen Revolution nicht auf eine automatische Selbstbewegung des Imperialismus zurückzuführen sind. Vielmehr ist die Monopolbourgeoisie heute gezwungen, alle Maßnahmen und Entscheidungen unter Berücksichtigung der Existenz der sozialistischen Länder zu treffen und gleichzeitig der antimperialistischen Volksbewegung in den kapitalistischen Ländern Rechnung zu tragen. Unter diesen Bedingungen gilt es zu beachten, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in dem Maße zu bestimmten Reformen und Zugeständnissen gezwungen wird, wie der Kampf der antimperialistischen Kräfte gegen den Imperialismus zunimmt.

In seinem letzten, kurz gefaßten Abschnitt beschäftigt sich Dieter Klein

mit den Bewegungsformen der imperialistischen Widersprüche und mit einigen Problemen der Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Autor stellt fest, daß die Arbeiterklasse nicht auf eine eruptive sozialistische Revolution infolge sich verschärfender Widersprüche warten kann, sondern noch unter den Bedingungen des Imperialismus ihrer Verantwortung durch die Organisation eines breiten Volkskampfes für demokratische Umgestaltung und gegen die Macht der Monopole gerecht werden muß.

Abschließend setzte sich Klein mit dem Mißbrauch der Wissenschaften durch das Monopolkapital auseinander und kommt zu der Schlußfolgerung, daß der Imperialismus zwar die technische Revolution zu meistern vermag, jedoch insbesondere wegen der forcierten Ausnutzung ihrer Wissenschaft für Zwecke der Kriegsvorbereitung seinem Wesen nach zutiefst wissenschaftsfeindlich ist.

Alles in allem ist die Broschüre von Dieter Klein ein interessanter und lehrreicher Beitrag zur Diskussion der neuen Probleme des modernen Imperialismus. Es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß weitere Wissenschaftler, die sich mit der Untersuchung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland beschäftigen, in einer soich interessanten und aufgelockerten Form zu den brennenden Fragen unserer Zeit Stellung nehmen.

K.-H. Uhlig H. Wawrzinek
Institut für Politische Ökonomie

USA-Terrorakte erhöhen nur die Entschlossenheit Vietnams

Brief aus Hanoi

Von Dr. Wilfried Lulei,
Ostasiatisches Institut

Es fällt heute nicht leicht, über die Situation in Vietnam zu schreiben. Zu viel gibt es zu sagen, zumal wenn man selbst in Vietnam lebt. Binnhalb täglich gibt es Aggressionsakte amerikanischer Flugzeuge und Schiffe gegen die Demokratische Republik Vietnam. In Südvietnam überziehen sich die Ereignisse. Die bewaffneten Kräfte der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams erringen immer eindrucksvollere Erfolge. Es vergeht kaum ein Tag, an dem sie nicht den Truppen des Saigoner Regimes und ihren amerikanischen Beratern eine Niederlage beibringen. Sie überfallen deren Stützpunkte, schlagen Staffelformationen zurück, schießen ihre Hubschrauber ab und liefern ihnen in letzter Zeit oft in unmittelbarer Nähe der großen Städte, in denen sich die USA-Offiziere und die vietnamesischen Lakaien bisher noch einigermaßen sicher fühlen, regelrechte Gefechte.

Drei Viertel des Landes werden bereits von der Nationalen Befreiungsfront kontrolliert und auch im übrigen Gebiet hält sich das Saigoner Regime nur noch mit brutaler Gewalt und der offenen militärischen Unterstützung durch die USA. Selbst in den beiden größten Städten, Saigon und Hoi, in denen die zuverlässigsten Einheiten der Marionettenarmee und mehrere Tausend amerikanische Soldaten stationiert sind, gelingt es nicht, die Massendemonstrationen der Bevölkerung zu unterdrücken. Hunderte Menschen wurden erschossen, Tausende verhaftet, doch der Widerstand wurde dadurch nicht gebrochen, im Gegenteil, er wird immer stärker. Konnte man vor einem Jahr noch in erster Linie von Demonstrationen buddhistischer Organisationen und der Studenten sprechen, muß man heute feststellen, daß der aktive Widerstand gegen die USA-Politik in Südvietnam alle Klassen und Schichten vereint. Er umfaßt Arbeiter und Kapitalisten, Bauern und Gutsbesitzer. Selbst höchste Beamte und Regierungsmitglieder des Sai-

goner Regimes gehören heute zu den Kritikern der USA-Politik, die auf die Fortsetzung des Krieges in Südvietnam und auf die Ausdehnung der amerikanischen Intervention auf die Demokratische Republik im Norden gerichtet ist.

Man möchte annehmen, daß Washington aus der entstandenen Lage endlich erste Schllußfolgerungen zieht. Leider ist das nicht so... Obwohl der Befehlshaber des amerikanischen Militärkommandos in Südvietnam, General Westmoreland, damit prahlt, wieviel Partisanen seine Soldaten erschossen hätten, schreit er Zeter und Mord, wenn die südvietnamesischen Patrioten Amerikaner töten. Als die Widerstandskämpfer bei der Zerstörung des Stützpunktes und Flughafens bei Pleiku mehrere Amerikaner töteten und über 100 verletzte, startete Washington eine „Vergeltungsaktion“. Da man aber der Patrioten nicht habhaft wurde, bombardierte man die Stadt Dong Hoi und andere Orte der DRV. Zu den Hauptzielen gehörten eine Schule und ein Krankenhaus. Opfer war die friedliche Bevölkerung. Unter den Getöteten und Verwundeten waren viele Kinder. Das gleiche wiederholte sich am 11. Februar, nachdem die Partisanen die amerikanische Kaserne in Qin Nhon in die Luft gesprengt hatten.

Das Ergebnis dieser Terroraktionen war jedoch anders, als die amerikanischen Militärs erwarten hatten. Die Nationale Befreiungsfront Südvietnams zeigte sich nicht eingeschüchtert, sondern verdoppelte ihre Anstrengungen. In der ganzen Welt aber erhob sich ein Proteststurm, der bis heute unvermindert anhält.

Das amerikanische Außenministerium aber bemüht sich nach wie vor, die Schuld auf die DRV abzuwälzen. Es gab ein Weißbuch heraus, um mittels Fälschungen die nordvietnamesische Intervention zu beweisen und appellierte scheinheilig an den Sicherheitsrat der UNO. Die These von der „Vergeltung“ taucht in ihrer Argumentation jetzt allerdings seltener auf, sie rückt allzusehr nach faschistischen Methoden. In der Praxis werden diese „Vergeltungsmaßnahmen“ jedoch nach wie vor geübt und zwar gegen die Bevölkerung eines anderen Landes. Es sei noch hinzugefügt, daß amerikanische Militärdienst-

stellen unterlassen offen zugeben mußten, daß diese Terroraktionen auf nordvietnamesisches Gebiet militärisch vollkommen wertlos sind.

Die Wildwestmanieren Johnsons stoßen in der Welt auf wenig Sympathie. Die sozialistischen Staaten versichern die DRV ihrer Solidarität und erklären deutlich, daß sie nicht tatenlos zusehen werden, wenn das vietnamesische Bruderland Opfer einer Aggression wird. Auch die jungen Nationalstaaten Asiens und Afrikas wenden sich entschieden gegen die Ausweitung des schmutzigen Krieges. Selbst die Regierungen der imperialistischen Verbündeten der USA - Frankreich, Japan, England u. a. - zeigen sich zumindest sehr zurückhaltend.

Es ist beinahe unnötig festzustellen, daß die westdeutsche Regierung den USA Beifall zollt. Die amerikanischen Wähler stellen jedoch mit Befremden fest, daß die Regierung Johnson gerade jene Außenpolitik verfolgt, die von ihnen abgelehnt wurde, als sie mit großer Mehrheit gegen Goldwater stimmten. In der amerikanischen Öffentlichkeit stößt die Erklärung von Außenminister Rusk, daß die USA eine „politische Regelung“ d. h. die Einstellung der militärischen Einmischung nach wie vor ablehnen, auf immer stärkeren Widerstand, doch noch gibt es keine Anzeichen, daß die Regierung bereit ist, ihre Haltung zu revidieren.

Ich möchte auch etwas zur Situation in der Demokratischen Republik Vietnam sagen. Zweifellos wollten die amerikanischen Militärs mit ihren Terroraktionen auf Städte und Dörfer Nordvietnams vor allem eine psychologische Wirkung erzielen. Sie wollten und wollen weiterhin die Regierung und die Bevölkerung einschüchtern, den friedlichen Lebensrhythmus stören, Unsicherheit oder gar Panikstimmung hervorrufen. Doch nichts davon ist eingetreten. Selbstverständlich hat die ständige tödliche Gefahr Veränderungen hervorgerufen. Die sonst stets lustigen Menschen sind ernster geworden, es gibt kein längeres Gespräch in dem die amerikanische Aggression keine Rolle spielt, und überall werden Vorbereitungen für den Fall neuer Angriffe getroffen.

Doch die Worte und Taten der verantwortlichen Funktionäre und der ganzen Bevölkerung sind niemals ein Zeichen der Angst, sondern immer Ausdruck der Entschlossenheit, das Leben der Menschen und die Fabriken, Schulen und all das was sich die Bevölkerung in den letzten Jahren geschaffen hat, zu schützen. Sie zeigen jedoch besonders von dem Willen, die Unabhängigkeit der Heimat bis zum letzten

zu verteidigen. In mächtigen Demonstrationen protestiert die Bevölkerung gegen jeden neuen Terrorakt, doch sie bereitet sich auch vor, damit der Feind nicht ungestraft ein friedliches Land bombardieren kann. Die große Zahl der abgeschossenen Flugzeuge beweist, daß die Vorbereitungen gut sind.

Niemand zweifelt hier daran, daß die amerikanische Politik in Vietnam endgültig scheitern wird. Eine große Hilfe für die DRV ist die Gewißheit, daß die sozialistischen Länder und die friedliebende Menschheit auf der ganzen Welt auf ihrer Seite stehen. Der Besuch der sowjetischen Regierungsdelegation unter Leitung des Ministerpräsidenten Kossygin im Februar in Hanoi dürfte auch die letzten imperialistischen Strategien, die auf eine Spaltung des sozialistischen Lagers in der Vietnamfrage hoffen von dieser Tatsache überzeugen haben.

Manchmal hört man bei uns noch die

Meinung, mit Protestaktionen, zum Beispiel gegen die amerikanischen Flugzeugangriffe auf die DRV, könne man weit erreichen. Ich möchte dem entgegen, daß es einmal jede Protestversammlung und jede Resolution der amerikanischen Regierung ersichert, neue Terrorakte zu befehlen, zum anderen kann ich aus eigenem Erleben bestätigen, daß jede Solidaritätskundgebung und jede Hilfsaktion von der Bevölkerung der DRV als eine große Unterstützung empfunden wird. Ich bin immer wieder erstaunt wie gut die einfachen Menschen über die Protestaktionen in der ganzen Welt informiert sind, ich habe oft erlebt, was die internationale Solidarität in dieser schweren Situation für sie bedeutet. Uns DDR-Bürger in Vietnam erfüllt es mit Stolz, immer wieder lobend zu hören, daß unsere Republik im internationalen Kampf gegen die Einmischung der USA-Imperialisten in Vietnam und ihre Versuche, den Krieg auch auf die DRV auszudehnen, einen bedeutenden Anteil hat.



13 amerikanische Flugzeuge schossen die Soldaten der Flakstellung von Nguyen Xuan Toan Ende März über der Provinz Ha Tinh ab. Foto: ZDF

1961 - 13. August

August 1961 - Hochsaison in allen Urlaubsorten der DDR. Auch der 13. August, ein Sonntag, schien ein Ferientag wie alle anderen werden zu wollen. Gegen 7 Uhr früh werden die Lautsprecher in den verschiedensten Ferienlagern an der Ostseeküste eingeschaltet. Da verbreitet eine Sondermeldung das demokratischen Rundfunks den letzten Schloß.

... Energische Abwehrmaßnahmen in Berlin gegen die Kriegsvorbereitungen der Bonner Ultras durch unsere Regierung getroffen - Einheiten der Volkspolizei, Volksmarine und die Kämpfer der Kampfgruppen Berlins stehen an den Berliner Grenzen auf Wacht - die Atomlinie Westberlin entschärft - unsere Sicherheitsmaßnahmen retteten der Welt den Frieden ...

In den folgenden Stunden, Tagen und Wochen wurde klar, daß dieser 13. August 1961 ein historisch außerordentlich bedeutungsvoller Tag im nationalen und internationalen politischen Geschehen war.

IN DEN LETZTEN 20 JAHREN

Hier ein Auszug aus einem Bericht des „Vorwärts“ vom 14.15. August 1961:

... Sonnabend zum Sonntag Mitternacht. An den Sektorengrenzen keine besonderen Vorkehrungen; 1.00 Uhr - dumpfe Geräusche; 1.30 Uhr - Eintreffen der ersten Volkspolizei- und Volksmarineformationen an der Sektorengrenze; 1.00 Uhr - Erst eine Sondermeldung des Ostberliner Rundfunks erhält die tatsächliche Lage, Telegramm an Brandt, der sich auf Wühltaumee in Westdeutschland im Sonderzug zwischen Nürnberg und Fürth befindet; 9.00 Uhr - Senatsitzung im Schöneberger Rathaus; 14.00 Uhr - Konferenz Brandts mit den westlichen Stadtkommandanten; Sonntagabend - Tagung des Westberliner Abgeordnetenhauses ...

In der Konzeption, die DDR zu annektieren, sollte Westberlin die Rolle des Einfüllortes spielen. Die Sicherung der Grenzen in Berlin bedeutet den Bankrott der Politik Adenauers und seiner Hintermänner.

Bereits im Verlaufe des Jahres 1960 versuchten die westdeutschen Imperialisten die Lage in Deutschland immer mehr anzuhetzen. Alle Vorschläge unserer Regierung, die deutsche Frage friedlich zu regeln, wurden mit provokatorischen Forde-

rungen nach Annexien der DDR, großer Gebiete Volkspolens und der CSSR beantwortet. Im Herbst 1960 fanden in Westberlin und in vielen Orten Westdeutschlands Revanchistentreffen, Tagungen der Landmannschaften und verschiedener militärischer Organisationen statt. Durch die Teilnahme offizieller Vertreter des Bonner Staates, wie Bundespräsident Lübke und Verkehrsminister Seebohm, wurde der aggressive Charakter dieser Kampagne noch besonders betont. Gleichzeitig verstärkten sich die Bestrebungen des westdeutschen Monopolkapitals, unsere Wirtschaft mit allen Mitteln zu stärken. Das reichte von der Kündigung des Handelsabkommens am 30. 9. 1960, organisierten Währungspekulationen großen Umfangs bis zu einem ausgeklügelten System der Abwerbung von Arbeitskräften.

Am 11. Juli 1961 gab die westdeutsche CDU/CSU in ihrer Grundsatzerklärung das Ziel ihrer Politik offen bekannt: ... ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, das in die europäische Gemeinschaft und

damit auch in die NATO integriert ist. ... (Süddeutsche Zeitung - München - 12. 7. 1961).

General Clark, der Befehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, forderte am 3. Juli dazu auf, sich „auf's Küchens“ vorzubereiten.

Anfang August 1961 wurden die NATO-Verbände in Europa in Alarmbereitschaft versetzt; sie begannen verschiedene Manöver, die die Kriegsgefahr erhöhten.

Am 7. August 1961 wurde im Auftrag Westberliner Agenten zentralen im Großberliner Vieh- und Schlachthof ein Brand gelegt, um die Fleischversorgung zu stören und Unruhen auszulösen. Einige Tage später entzündeten die gleichen Kräfte auf der Berliner Humboldt-Universität Brandstätten.

Die Gefahr der Auslösung eines ernsthaften Konfliktes stand unmittelbar bevor.

Da schlug die geeinte Kraft von Volk und Regierung unserer Republik im richtigen Moment den westdeutschen Kriegs-